

R

REGION

Kurznachrichten

Mehr unter suedostschweiz.ch/miniregion

CHUR

Churer Zünfte schenken der Stadt einen Brunnen



Seit 555 Jahren gibt es die Zunftverfassung der Stadt Chur. Zu diesem Jubiläum hat die Stadt von der Zunft zur Rebleuten und der Zunft zur Schneidern einen neuen Brunnen geschenkt erhalten, wie es in einer Medienmitteilung heisst. Der Standort liegt an der Poststrasse, dort wo zu früheren Zeiten bereits ein Trinkbrunnen stand und wo das Kunstwerk «die Liegende» über acht Jahre platziert war. Der Brunnen wurde am Samstag an einer Feier eingeweiht, an der Stadträtin Sandra Maissen den Churer Zünften für das grosszügige Geschenk an die Churer Bevölkerung dankte. Der Brunnen wird bei der Wasserquelle durch die Skulptur «Unterwegs, Ziel unbekannt» verziert. Diese stammt von der Künstlerin Janni Weibel. (red)

LUZERN

Motorkarren überschlägt sich – Lenker eingeklemmt

In Luzern ist am späten Samstagnachmittag in steilem Gelände ein landwirtschaftlicher Motorkarren gekippt. Der Lenker wurde verletzt. Gemäss einer Mitteilung der Kantonspolizei Graubünden hatte der 60-Jährige Material transportiert, als das Fahrzeug bei einem Wendemanöver talwärts rutschte und zur Seite kippte. Der Mann wurde dabei eingeklemmt und zog sich erhebliche Beinverletzungen zu. Er wurde ins Kantonsspital Graubünden nach Chur überführt. (red)

CHUR

Töfffahrer bei Kollision mit zwei Autos schwer verletzt

In Chur ist es am Samstagnachmittag zu einem Verkehrsunfall gekommen, bei dem sich ein 62-jähriger Töfffahrer schwer verletzte. Dies teilte die Kantonspolizei Graubünden mit. Der Mann war auf der Fahrt abwärts über die Strassenmitte geraten und in mit einem entgegenkommenden Auto sowie nach rund 100 Metern mit dem Heck eines weiteren Autos kollidiert. Der Töfffahrer stürzte und kam am Strassenbord zu Liegen. Er wurde mit schweren Verletzungen am linken Bein ins Spital gebracht. (red)

DOMAT/EMS

22-Jähriger prallt fahrunfähig mehrmals in A13-Leitschranke

Ein 22-jähriger Autolenker ist in der Nacht auf Sonntag auf der A13 bei Domat/Ems an den linken Fahrbahnrand geraten und mit der Mittelleitschranke kollidiert. Laut einer Mitteilung der Kantonspolizei Graubünden gelangte das Auto dadurch in eine Schleuderphase, wodurch es weitere Male in die Leitschranke prallte. Der Lenker blieb unverletzt. Die Autobahn-Infrastruktur wurde auf mehreren hundert Meter beschädigt. Beim Lenker wurde eine Blut- und Urinentnahme durchgeführt und der Führerschein abgenommen. (red)

Steuererhöhung kommt nur als «Ultima Ratio» infrage

Der zuständige Regierungsrat Jon Domenic Parolini nimmt vor dem heutigen Debattenstart im Parlament über den «Green Deal» zu verschiedenen Kritikpunkten Stellung.

mit Jon Domenic Parolini sprach Patrick Kuoni

Mit dem Aktionsplan «Green Deal» sollen «wirksame Massnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung ergriffen werden», so steht es in der Botschaft der Bündner Regierung. Bis ins Jahr 2050 will die Exekutive fast 1,8 Milliarden Franken dafür investieren. Vorerst geht es in der heute Montag startenden Oktobersession nun aber einmal um eine erste Etappe, welche Massnahmen umfasst, die bereits ohne neue gesetzliche Grundlagen umsetzbar sind. So beantragt sie etwa Gelder für die Veränderung des Gebäudeparks und die Förderung des öffentlichen Verkehrs.

Die Regierung schlägt dem Parlament dafür einen Verpflichtungskredit in der Höhe von knapp 68 Millionen Franken vor. Die Bündner Regierung möchte ausserdem in verschiedenen Grundsatzfragen die Meinung des Parlaments abholen, um die Planung für weitere Etappen des «Green Deals» intensivieren zu können. Jon Domenic Parolini, Vorsteher des Umweltschutzdepartementes, nimmt zu den wichtigsten Beanstandungen Stellung, die im Vorfeld von verschiedener Seite angebracht wurden. So etwa, wieso Graubünden auch mit dem «Green Deal» 2050 noch Treibhausgase produziert und somit das Netto-Null-Ziel verfehlen wird.

Herr Parolini, was erwarten Sie im Parlament für eine Debatte zum «Green Deal»?

JON DOMENIC PAROLINI: Der Grosse Rat hat der Regierung 2019 mit einem grossen Ja-Stimmenanteil den Auftrag erteilt, diesen Aktionsplan «Green Deal» für Graubünden zu erarbeiten. Ich gehe deshalb davon aus, dass er in der Debatte entsprechende Weichen stellt und sich auch der historischen Verantwortung bei diesem Entscheid bewusst ist. Die vorberatende Kommission ist unserem Antrag ja grossmehrheitlich ebenfalls gefolgt.

Wie wollen Sie den «Green Deal» der Bündner Wirtschaft schmackhaft machen? Früher oder später werden Sie diese mit ins Boot holen müssen.

Die Bündner Wirtschaft muss die Vorteile des Gesamtpaketes sehen. Kantonal betrachtet werden momentan ungefähr 400 Millionen Franken für fossile Brennstoffe und Treibstoffe ausgegeben, von denen mehr als 200 Millionen ins Ausland abfliessen. Wenn man diesen Betrag reduzieren könnte, wäre das viel Geld, welches jährlich zusätzlich in der Bündner Volkswirtschaft bleiben würde und dann für Investitionen oder anderes gebraucht werden könnte.

Und sonst?

Es geht beim Aktionsplan «Green Deal» ja vor allem auch darum, von den Treibhausgasen im Gebäudesektor, im Verkehr und in der Industrie wegzukommen. Das generiert teils wieder Arbeitsplätze – vor allem im Baugewerbe. Das kommt allen Regionen zu gute. Bereits die erste Etappe des «Green Deals» wird dafür sorgen, dass die Binnenwirtschaft angekurbelt wird. Gleiches gilt auch für die weiteren Etappen, die später folgen. Dort stellt sich dann die Frage, inwiefern sich diese bereits mit den im Kanton vorhandenen finanziellen Mitteln stemmen lassen und wo es zusätzliche Mittel braucht. Wenn wir diese weiteren Etappen angehen, haben wir aber noch Zeit, über diese Frage zu diskutieren.

«Entscheidend ist am Ende, einen tragfähigen Kompromiss zu finden.»

Bereits jetzt zeichnet sich aber ab, dass im Parlament die in der Botschaft der Regierung vorgeschlagenen neuen Steuern und Abgaben keine Chance haben werden.

Wir haben zur Kenntnis genommen, dass viele der Meinung sind, dass das nicht infrage kommt. Es erstaunt mich auch nicht. Wer zahlt schon gerne mehr Steuern oder gibt mehr ab. Für uns ist auch klar, dass die Variante mit mehr Steuern und Abgaben die Ultima Ratio ist. Dies hat auch die vorberatende Kommission uns bereits mit auf den Weg gegeben. Natürlich lässt sich der «Green Deal» vorerst ohne Steuern und Abgaben finanzieren, aber wir zehren dann einfach von unseren Reserven. Solche notabene, die auch zu einem

guten Teil aus Steuern vergangener Jahre stammen.

Wieso werden Steuern und Abgaben dann in der Botschaft vorgeschlagen?

Wenn unsere eigenen Mittel aufgebraucht oder zumindest fast aufgebraucht sein sollten, dazu zähle ich auch die Erträge aus den laufenden Jahren hinaus, dann stellt sich doch die Frage: Wie weiter? Man wird dann anschauen müssen, was man bisher erreicht hat und wie man nun weiterfahren will, um die Ziele zu erreichen. Und dann können Abgaben oder als letzte Lösung auch mehr Steuern eine Option sein. Es wird aber sowieso so sein, dass wir mit Zwischenschritten arbeiten und wir dem Parlament periodisch Zwischenberichte präsentieren. Das letzte Wort bei allen weiteren Etappen und deren Finanzierung hat ja sowieso immer das Parlament oder je nachdem auch das Bündner Stimmvolk.

Neben der Kritik an der Finanzierungsform gab es auch Stimmen aus linken Kreisen, denen der «Green Deal», wie ihn die Regierung vorschlägt, deutlich zu wenig weit geht. Dies, weil beispielsweise das Netto-Null-Ziel bis 2050 mit den im «Green Deal» aufgeführten Massnahmen aufgegeben wird.

Ja, wir wurden diesbezüglich auch kontaktiert, etwa von der Organisation des Klimastreiks. Sie fordert ja, dass dieses Ziel bereits im Jahr 2030 erreicht wird. Auch die SP hat gefordert, dass man ambitioniertere Ziele haben müsse. Wir nehmen diese Forderungen zur Kenntnis. Entscheidend ist aber

am Ende einen tragfähigen Kompromiss zu finden, der von einer Mehrheit akzeptiert wird. Wir befinden uns in einer direkten Demokratie. Wenn man ein Ziel erreichen will, muss man die verschie-

denen Positionen mitberücksichtigen. Alle zufriedenstellen kann man nie. Netto-Null bis 2030 wäre ausserdem extrem ambitioniert. Und dazu fehlt auch der Auftrag vonseiten des Grossen Rates oder dann eben auch vom Stimmvolk.

«Die Bündner Wirtschaft muss die Vorteile des Gesamtpaketes sehen.»

Hat sich durch die Ablehnung des CO₂-Gesetzes die Ausgangslage – gerade punkto Abgaben und Steuern – aus Ihrer Sicht noch einmal verschlechtert?

Das CO₂-Gesetz ist wohl auch daran gescheitert, dass es völlig überladen wurde – etwa mit Abgaben auf Flüge. Auch mit den bestehenden gesetzlichen Grundlagen des Bundes sind wir der Meinung, dass der Bund in der Verantwortung steht und finanzielle Mittel sprechen muss. Wir haben aufgrund des CO₂-Gesetz nicht mehr Gelder für den Kanton Graubünden kalkuliert.

Also bleibt Graubünden aufgrund dieser Abstimmung nicht plötzlich auf mehr als den knapp 1,1 Milliarden kalkulierten Kosten für den Kanton sitzen?

Nein.

Was sagen Sie zum von verschiedener Seite kolportierten Vorwurf, dass der «Green Deal» ein Bürokratiemonster ist?

Mir ist bewusst, dass dieser Vorwurf im Raum steht. Wir wollen die Bürokratie logischerweise so klein als möglich halten. Am einfachsten wäre es, bereits bestehende Massnahmen im Gebäudebereich und im ÖV stärker als bisher zu fördern. Für gewisse Bereiche wären aber Gesetzesanpassungen nötig.

Wie müsste die Debatte in dieser Oktobersession laufen, damit Sie am Ende zufrieden den Grossratssaal in Chur verlassen?

Wir hoffen, dass wir grünes Licht für die erste Etappe bekommen. Und wir hoffen auch, dass es konstruktive Diskussionen gibt bezüglich der Grundsatzfragen, die wir dem Rat gestellt haben. So dass wir danach auch die weiteren Etappen – ich sage das bewusst in der Mehrzahl – aufgleisen und dem Grossen Rat periodisch darüber berichten können, um damit Schritt für Schritt gemeinsam das langfristige Ziel zu erreichen.



Bild: Olivia Aepli-Item